

Reinhart Kößler

Normalisierung – eine reaktionäre Chimäre Aktuelle entwicklungstheoretische Anmerkungen (Kommentar)

Nach etwa anderthalb Jahren Pandemie, die in Deutschland drei Lock-downs sehr unterschiedlichen Formats provoziert haben, sind die Medien voll von Rufen nach „Normalität“ oder auch davon, dass „wir unser altes Leben zurückhaben wollen“. Wer da noch nicht hellhörig und an die Parole „we want our country back“ erinnert worden ist, mit dem die *Brexiters* so effektiv Stimmung gemacht haben, sollte spätestens da innehalten, wo die AfD auf den Karren aufspringt und ihren Bundestagswahlkampf unter die Parole stellt „Deutschland. Aber normal.“

Was das bedeutet, lässt sich nicht zuletzt unter Bezug auf Foucaults Analyse der Norm und Normierung deutlich bestimmen. Alles, was von der etablierten Norm abweicht, wird tendenziell der Diskriminierung ausgesetzt. Bedenkt man, dass dies nicht nur Erscheinungsbilder von Menschen betrifft, sondern etwa auch DIN-Normen oder die Methodologie für Crash-Tests von Autos, wird deutlich, wie tief dieses nun von reaktionärer Seite aufgerufene Konzept in unser Leben immer schon eingreift: auch Behinderte, Linkshänder, LGBTIQ und nicht zuletzt Frauen sind betroffen. Die „Rückkehr“ zu einer angeblichen Normalität, einem genormten Leben, das uns in Wirklichkeit alle ständig umgibt, ist zutiefst reaktionär (s. Liebelt 2021).

Noch schlimmer aber wird es, wenn „Normalisierung“ gefordert wird – auch dies die Rückkehr zu einem Zustand, von dem diejenigen, die solche Forderungen erheben, meinen oder behaupten, er sei „normal“. In aller Regel bedeutet dies nicht viel mehr als, dass „normal“ den Normvorstellungen derer entsprechen soll, die derartige Forderungen lautstark erheben. Gewiss ist nicht zu übersehen, dass sich dies mit berechtigten und sogar lebenswichtigen Forderungen überschneidet, wenn es um die unter Pandemie-Bedingungen oft unerträglich eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten oder um die Wieder-Öffnung von Kindergärten, Schulen und Altenheimen geht. Aber auch hier kann es nicht darum gehen, einfach da weiter zu machen, wo es vor der Krise (angeblich) aufgehört hat. Zudem hat die Rückschau auf Zustände vor einer

tiefen Krise die Tendenz, diese in einem idyllischen, weit harmonischeren Licht erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich waren.

Was also heißt es, wenn nach (oder richtiger: noch während) einer einschneidenden Krise, wie dies die Pandemie mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt mentalen Folgen zweifellos ist, der Ruf nach „Rückkehr zur Normalität“ erschallt, nach „Normalisierung“? Dabei geht es nicht allein um die Durchsetzung von möglicherweise konsensuell akzeptierten Normvorstellungen, sondern im Modus solcher Konzepte um ein im Grunde absurdes Projekt.

Schon Heraklit (ca. 520 bis ca. 460 v.u.Z.) erkannte, dass, da „alles fließt“ (*πάντα ρεῖ*), man nicht zweimal in denselben Fluss steigen kann. Das „jetzt“, die „Gegenwart“, ist flüchtig, und die Vergangenheit lässt sich nicht zurückholen. Das gilt übrigens ganz gleich, ob wir das vor allem in der westlichen Moderne alltäglich und selbstverständlich erscheinende Konzept einer linear progredierenden Zeit zugrunde legen oder ein zirkuläres Zeitmodell, in dem Erdalter sich wiederholen, Altersklassen periodisch wieder eröffnet werden oder ewige Wiederkehr verzeichnet wird. Einfach zurückdrehen lässt sich die Zeit auch unter solchen Voraussetzungen nicht.

Diese Illusion scheint aber der Vorstellung zugrunde zu liegen, wir könnten „in die Normalität zurückkehren“. Dem steht die Einsicht gegenüber, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen, wie sie die Pandemie zweifellos hervorgebracht hat, immer Phasen des Umbruchs sind. Das bedeutet auch: Die Karten werden neu gemischt, und bei diesem spezifischen Spiel ist nicht unwesentlich, wer die entsprechenden Regeln festlegen kann. Unter den zumindest in Deutschland vorherrschenden Bedingungen einer – ungeachtet *Fridays for Future* – allenfalls begrenzten gesellschaftlichen Mobilisierungsbereitschaft bedeutet dies, dass die Richtung, in die Veränderungen gehen werden, weitgehend von denen bestimmt werden, die bereits zuvor über Definitionsmacht verfügt haben – also über die Macht, Definitionen von der gesellschaftlichen Lage und auch politischen Zielen nicht nur effektiv zu formulieren, sondern auch, sie zu propagieren und endlich durchzusetzen. Nicht viel anders scheint es auf globaler Ebene zu stehen. Das Schicksal der COVAX-Initiative der WHO kann zusammen mit der Hinhaltetaktik derer, die über die Patentrechte verfügen, als ein signifikanter Indikator für die Reproduktion und Verschärfung der Verhältnisse von Herrschaft und Ungleichheit im Verlauf der Krise gelten. Es geht also auch nicht einfach nur darum, „was Corona mit uns gemacht hat“, wie ein Komplementärdiskurs zum Gerede über Normalisierung lautet. Wenn sich darin die Einsicht in die Veränderung der Verhältnisse zwar artikuliert, so wird doch ausgeblendet, dass es nicht um Naturereignisse, sondern um gesellschaftliche Verhältnisse

geht, die in der Form dieser Veränderungen zum Ausdruck kommen. Wenn diese Veränderungen auch vielen Einzelnen als objektiv und unabwendbar vorkommen, so sind sie doch von Menschen gemacht und daher letztlich gesellschaftlich verfügbar oder wenigstens beeinflussbar – sie unterliegen politischen Entscheidungen und Eingriffen, wenn man nur will.

Es lohnt sich nun, dies aus entwicklungstheoretischer Perspektive auszubuchstabieren. Dabei geht es um Entwicklung nicht im Sinne jener Teleologie, die mit dem – illusionären – Versprechen einer nachholenden Entwicklung und einer Verallgemeinerung von Lebensmustern nach dem Vorbild westlicher Konsummuster verbunden war und noch immer das Denken möglicherweise der Mehrheit der heute lebenden Menschen bestimmt.

Auch der zeitlich progredierende Ablauf, wie Heraklit ihn mit dem sich beständig verändernden, aber scheinbar doch gleich bleibenden Fluss versinnbildlicht hat, entspricht einem strengen Begriff von Entwicklung, der Orthogenese. Sie beschreibt im Grunde die Basis-Gegebenheiten, um die es bei Veränderungen jeglicher Zustände geht, auch der sozioökonomischen. Orthogenese meint die Gerichtetheit des Ereignisablaufs. Man kann das in dem berühmten dialektischen Dreischritt von These, Antithese und Synthese fassen oder auch mit dem Begriff der bestimmten Negation: Wenn die These negiert wird, um über die Antithese zur Synthese zu gelangen, so ist noch die Synthese von den beiden vorhergehenden wesentlich bestimmt. In der Grundkonzeption der Evolution entspricht dies grob den Schritten der Mutation, Selektion und Retention. Auch hier kann die Mutation nur von einem bestimmten bestehenden Status aus Veränderung bewirken, die dann, wenn sich die neue Form bewährt, die nächste Stufe des Prozesses bildet.

Im Gegensatz zu noch weitgehend im Alltagsverständnis vorherrschenden Vorstellungen von „Entwicklung“ hat all dies nichts mit einem bekannten Ziel zu tun, auf den der Prozess etwa objektiv hinsteuern würde oder das sinnvoll als Fluchtpunkt entwicklungs-politischen Handelns bestimmt werden könnte. Dies hat in erster Linie mit den ökologischen Grenzen zu tun, die unbegrenztes Wachstum zur Chimäre machen (s. Mahnkopf 2021). Die Form des Massenkonsums, wie er in westlichen Industriestaaten für eine Mehrheit – in wie immer auch ungleicher Weise – während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfügbar wurde und gegenwärtig in Ostasien expandiert, bleibt selbst in ihren „grünen“ Varianten für die Mehrheit der lebenden Menschen unerreichbar. Die gegenwärtigen dramatischen Prognosen über das Erreichen von Kipp-Punkten für das Weltklima, aber auch für andere Dimensionen der Biosphäre, z.B. für die Artenvielfalt, unterstreichen dies.

Damit stellt sich die Mammutaufgabe, Wege aus der weltweiten, durch Corona forcierten Krise jenseits des Massenkonsums zu denken. Wer den

Beginn des deutschen Bundestagswahlkampfs beobachtet hat, wird einmal mehr eingesehen haben, dass solche Überlegungen zunächst kontrafaktisch sind. Hier wird überwiegend mit unterschiedlichen Ausgaben des „weiter so“ operiert, denn auch der grüne Kapitalismus verspricht ja die Beibehaltung der in den alten industriekapitalistischen Metropolen eingespielten Lebensweise. Dennoch sind Überlegungen zu radikaler Veränderung notwendig, und darauf mit großer Verve hingewiesen zu haben (und hoffentlich weiter hinzuweisen), ist das Verdienst von Bewegungen wie *Fridays for Future*.

Deren Insistieren auf den Aussagen einer für objektiv gehaltenen Wissenschaft reicht freilich nicht aus. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass auch Naturwissenschaften nicht einfach allgemein anerkannte Daten liefern können, und darüber hinaus sind die Schlussfolgerungen aus diesen Daten und deren praktische Umsetzung gesellschaftliche Aufgaben, d.h. Gegenstand von sozialen Aushandlungen und politischen Prozessen. Es kann also nicht einfach um eine technologische Anwendung von Wissenschaft gehen.

Die politischen Entscheidungen, die anstehen, betreffen Weichenstellungen, die auf längere Sicht Entwicklungsoptionen einschränken oder auch erschließen können (s. Kößler 1988: 10-14). Diesen Sachverhalt bezeichnet aus anderer Perspektive recht genau das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die gegenwärtige und künftige Bundesregierungen verpflichtet, ihre Politik, speziell bezogen auf das Klima so auszurichten, dass die Freiheit der kommenden Generationen nicht über Gebühr beeinträchtigt wird: Wenn Naturpotenziale in einer Weise zerstört werden, dass in mittlerweile absehbarer Zeit allein die Eindämmung von Katastrophen übrig bleibt, gibt es auch keine oder bestenfalls massiv eingeschränkte Wahlmöglichkeiten oder Freiheitsgrade. Gelingt es dagegen, die Zerstörung der natürlichen Grundlagen wirkungsvoll zu abzuwenden, so bleiben auch Chancen auf ebensolche Optionen. Sie schließen das gesellschaftliche Lernen aus Krisen wie der aktuellen Pandemie und erst recht der drohenden Klimakatastrophe notwendig ein.

Auch an solchen Problemstellungen und Perspektiven ist das Reden von Normalisierung, aber angesichts der Ansätze einer Umsetzung ernst zu nehmender klimapolitischer Zielsetzungen in politische Programme auch jenes über „Freiheit“ zu messen. Nicht einmal auf nationaler oder regionaler, geschweige denn auf globaler Ebene sind „weiter so“ und Normalisierung nach rückwärts tragfähige Orientierungen. Mehr denn je geht es auf allen diesen Ebenen um ein radikales Umsteuern, zu dem wesentlich die Abkehr von den bestehenden globalen Hierarchien gehört. Das Ausmaß der damit implizierten politischen Herausforderung war Anfang Juni 2021 im beginnenden deutschen Wahlkampf an der teils hysterischen Reaktion auf die

programmatische Forderung nach einer geringfügigen, sozial abgefederten Erhöhung des Benzinpreises deutlich geworden. Inzwischen besteht die reale Gefahr, dass die entscheidenden Lebensfragen einmal mehr im angeblichen Kampf um politische Richtungsentscheidungen entthematisiert werden.

Der Abschied von dem, was in weiten Teilen der westeuropäischen und nordatlantischen Gesellschaften jahrzehntelang (auf Kosten großer Teile des Restes der Welt) als normal gegolten hat und die Suche nach einem neuen, ernsthaft nachhaltigen Konsens wird in jedem Fall konfliktreich und schmerzhaft werden. Gerade hier erweist sich eine „Normalisierung“ als fatale Illusion.

Zitierte Literatur

- Kößler, Reinhart (1988): „Entwicklungs-Optionen zwischen Weltmarktzusammenhang und Selbstbestimmung. Aspekte eines multifokalen Entwicklungsbegriffs,“ *PERIPHERIE*, Nr. 29, S. 6-23.
- Liebelt, Claudia (2021): „Deutschland brutal: Die AfD und ihr Normalitätsbegriff“. In: *taz*, 30.5.2021, <https://taz.de/Die-AfD-und-ihr-Normalitaetsbegriff/!5771233/>, letzter Aufruf: 4.8.2021.
- Mahnkopf, Birgit (2021): „Nebelkerze Green New Deal. Die leeren Versprechungen eines ‚grünen Kapitalismus‘“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2021, S. 75-84.

Anschrift des Autors:

Reinhart Kößler

r-koessler@gmx.de